

Bericht

**des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)
gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Herbert Behrens, Sabine Leidig, Thomas Lutze,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**

– Drucksache 18/806 –

Keine Einführung einer Pkw-Maut in Deutschland

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE. hat einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Einführung einer Pkw-Maut in Deutschland ablehnen soll und er die Bundesregierung auffordern soll, alle Planungen für die Einführung einer Pkw-Maut unverzüglich einzustellen.

Die Fraktion DIE LINKE. hat nun gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung verlangt, dass der federführende Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur einen Bericht über den Stand der Beratungen erstattet. § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung sieht vor, dass eine Fraktion oder fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages zehn Sitzungswochen nach Überweisung einer Vorlage verlangen können, dass der Ausschuss durch den Vorsitzenden oder Berichterstatter dem Bundestag einen Bericht über den Stand der Beratungen erstattet. Seit der Überweisung des Antrags auf Drucksache 18/806 sind bereits mehr als zehn Sitzungswochen vergangen, ohne dass der federführende Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur dem Plenum eine Beschlussempfehlung vorgelegt hat. Es ist daher die Erstattung eines Berichts des federführenden Ausschusses an den Bundestag über den Stand der Beratungen gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung erforderlich.

B. Lösung

Berichterstattung des federführenden Ausschusses an den Bundestag über den Stand der Beratungen zu dem Antrag auf Drucksache 18/806.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden bislang nicht erörtert.

Bericht des Abgeordneten Karl Holmeier

I. Verlangen der Berichterstattung nach § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung

Die Fraktion DIE LINKE. hat gemäß § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung verlangt, dass der federführende Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur einen Bericht über den Stand der Beratungen erstattet. § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung sieht vor, dass eine Fraktion oder fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages zehn Sitzungswochen nach Überweisung einer Vorlage verlangen können, dass der Ausschuss durch den Vorsitzenden oder Berichterstatter dem Bundestag einen Bericht über den Stand der Beratungen erstattet. Seit der Überweisung des Antrags auf Drucksache 18/806 sind bereits mehr als zehn Sitzungswochen vergangen, ohne dass der federführende Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur dem Plenum eine Beschlussempfehlung vorgelegt hat. Die Voraussetzungen für das Verlangen, dem Bundestag einen Bericht über den Stand der Beratungen zu erstatten, liegen daher vor. Die Berichterstattung erfolgt im vorliegenden Fall durch den gemäß § 65 der Geschäftsordnung benannten Berichterstatter.

II. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 18/806 in seiner 23. Sitzung am 20. März 2014 beraten und an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

III. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag auf Drucksache 18/806 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Einführung einer Pkw-Maut in Deutschland ablehnen soll und er die Bundesregierung auffordern soll, alle Planungen für die Einführung einer Pkw-Maut unverzüglich einzustellen.

IV. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 13. Sitzung am 14. Mai 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat zu dem Antrag noch keine Stellungnahme abgegeben.

V. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat zu dem Antrag auf Drucksache 18/806 in seiner 8. Sitzung am 2. April 2014 einstimmig die Durchführung einer öffentlichen Anhörung beschlossen. Die Anhörung sollte in einer Sitzung am 8. Oktober 2014 durchgeführt werden. In seiner 15. Sitzung am 24. September 2014 hat der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur auf Antrag der Fraktionen CDU/CSU und SPD über die Terminierung der öffentlichen Anhörung beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** trug dazu vor, es sei sinnvoller und logischer, erst über die PKW-Maut zu sprechen, wenn auch ein konkreter Gesetzentwurf vorliege. Daher beantragten die Fraktionen CDU/CSU und SPD eine Vertagung der öffentlichen Anhörung bis ein Kabinettsbeschluss über ein PKW-Maut-Gesetz vorliege.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, schon bei der Terminierung der Anhörung sei festgestellt worden, dass man bei der Erörterung der in dem Antrag erhobenen Forderung, auf eine PKW-Maut zu verzichten, die alternativen Modelle kennen solle. Wenn ein hervorragendes Modell für die Einführung einer PKW-Maut vorgestellt werde, könne dies auch bei Skeptikern zu einem Meinungswandel führen. Auch wenn es bedauerlich sei, dass ein

Gesetzentwurf – anders als angekündigt und bei der Terminierung der Anhörung zugrunde gelegt – noch nicht vorliege, bleibe es doch sinnvoll, den Antrag und einen Gesetzentwurf nur gemeinsam zu erörtern.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stellte fest, ihr Antrag sei ja gerade darauf gerichtet, eine PKW-Maut nicht einzuführen, so dass es eben nicht logisch sei, eine Anhörung dazu von der Vorlage eines Gesetzentwurfs abhängig zu machen, der auf die Einführung einer PKW-Maut gerichtet sei. Bei der Anhörung gehe es daher um die einem Gesetzentwurf vorgelagerte Grundsatzfrage, ob es überhaupt sinnvoll sei, eine PKW-Maut einzuführen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies darauf hin, dass der Antrag bereits vor sechs Monaten vorgelegt worden sei. Innerhalb dieses Zeitraums hätte es möglich sein müssen, eine Anhörung durchzuführen. Offenbar fürchte aber die CSU das Urteil der Experten zu der Frage, ob die von ihr geforderte Einführung einer PKW-Maut umsetzbar sei, weshalb sie eine Anhörung am 8. Oktober nicht wolle. Dies sei ein Armutszeugnis.

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die für den 8. Oktober 2014 vorgesehene Anhörung zu dem Antrag auf Drucksache 18/806 zu verschieben, ohne einen neuen Termin festzulegen.

Zu der Vorlage wurde dem Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur gemäß § 109 der Geschäftsordnung durch den Petitionsausschuss eine Reihe von Petitionen zur Stellungnahme übermittelt.

Berlin, den 17. Oktober 2014

Karl Holmeier
Berichtersteller

